



Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Einzelgenpreis: Die kleinspaltige Seite 20 Pfg., ...

Dienstag, den 13. Mai 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 2.85 vierteljährlich, ...

Zur Friedensfrage.

Die Internationalisierung des Rheins. — Freie Zone für die Tschecho-Slowaken in Hamburg und Stettin.

(W.B.) Versailles, 10. Mai. (Friedensvertrag, 3. Fortsetzung.) Die Rheinschifffahrt bleibt vorläufig durch das Mannheimer Abkommen vom Jahre 1868 geregelt. ...

Verschleppung deutscher Arbeiter zur Zwangsarbeit nach Belgien.

Berlin, 12. Mai. Die deutsche Waffenstillstandskommission überreichte dem Vorsitzenden der belgischen Waffenstillstandskommission eine Note, ...

Aus jedem Unglück ist ein Geschäft zu machen.

(W.B.) London, 10. Mai. (Reuter.) Wie „D. Mail“ meldet, beabsichtigen britische, amerikanische, skandinavische und holländische Finanzkreise ein Konsortium zu bilden, ...

Protestkundgebung der Bevölkerung Oberschlesiens gegen die Posttrennung.

(W.B.) Oppeln, 10. Mai. Heute fand eine gewaltige Protestkundgebung gegen die Loslösung Oberschlesiens statt. Alle Parteien und Konfessionen nahmen einmütig daran teil. ...

uns. Oberschlesien muß deutsch bleiben. Wir sind entschlossen, im äußersten Falle zur Selbsthilfe zu greifen.

Was wollen die Polen?

Berlin, 13. Mai. Wie verschiedene Morgenblätter unter Vorbehalt aus der polnischen Presse mitteilen, sind die Transporte der Hallerischen Truppen durch Deutschland aus unbekanntem Gründen eingestellt worden. ...

Der Streit zwischen England und Belgien über Deutsch-Ostafrika.

(W.B.) Paris, 10. Mai. (Havas.) Die belgische Delegation veröffentlicht folgende Note: Hyman wurde am Freitag zu Wilson gebeten, wo er vor dem Rat die Ansprüche Belgiens auf Deutsch-Ostafrika in Erinnerung brachte. ...

Wilson als Mephisto.

(W.B.) Paris, 10. Mai. (Reuter.) Wilson hielt am 9. Mai in der Völkervereinigung eine Rede, in der er sagte: Eines der Dinge, die mich in den letzten Monaten gequält haben, ist die unerreichte Hoffnung auf sofortige Erlösung von dem auf der Menschheit lastenden Druck. ...

Der Sekretär Wilsons über die Politik des Präsidenten.

(W.B.) Versailles, 10. Mai. Laut Information erklärte der Sekretär Wilsons, der Präsident sei entschlossen, Europa vor der Unterzeichnung des Friedens nicht zu verlassen, da er nicht wolle, daß Deutschland seine Abreise benütze, um unzulässige Kontroversen zu verlangen. ...

Man werde den Beweis hierfür in der Botschaft finden, die Wilson voraussichtlich am 30. Mai an den Washingtoner Kongress richten und wozu er die Notwendigkeit entwickelt werde, die internationale Politik intakt zu erhalten. ...

Der Nationalverband der englischen Arbeiterschaft zu den Friedensbedingungen.

(W.B.) Rotterdam, 9. Mai. Dem „N. N. C.“ zufolge heißt es in dem Manifest, das der Nationalverband der englischen Arbeiterpartei veröffentlicht:

Der Nationalverband der Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß die veröffentlichte Zusammenfassung des Friedensvertrages in einigen wichtigeren Punkten mit den Erklärungen Wilsons, der Konferenz der Alliierten sowie der Berner Konferenz nicht übereinstimmt. Der allgemeine Geist des Vertrages steht mit der Auffassung, die der Arbeiterstand vom Frieden der Gerechtigkeit und des Rechtes hat, nicht im Einklang. ...

Der internationale sozialistische Ausschuss in Tätigkeit.

(W.B.) Versailles, 12. Mai. „Populaire“ meldet: Der internationale sozialistische Ausschuss setzte vorgestern nachmittag und gestern vormittag seine Arbeiten aufs tüchtigste fort. ...

Vertical text on the left margin: züge, züge, farbig, Träger, etc., mann, eifel, Herd, mmer, mehl, werden bel, eichenbach, eine mit, a einen, en, erämter, enstadt, einem, Speisen, streng-085 an, Behrling, licher Ausbil-, Behandlung, mmen, der Geschäfts-, 21 Jahre alt, oder später ein, Zimmer, halb der Stadt, freisangabe an, s. Bl. erbeten, eines Haus, mmern und, cher in freier, Lande, Nähe, e sucht, reis unt. F. W., udolf Woffe, t, jetzt in der, entbehren zu, st. Wenn sich, nicht sofort be-, abschbarer Zeit, n; neue Kunde, die werbenbe

Der vollständige Sozialistenführer Troelstra über die Friedensbedingungen.

Amsterdam, 12. Mai. Wie „Telegraaf“ aus Nymwegen meldet, hat Troelstra in einer Versammlung der dortigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Rede gehalten, in der er mit Bezug auf die sogenannten Friedensbedingungen sagte, die Vertreter des deutschen Volkes hätten vollkommen recht, wenn sie zu den Thesen in Paris übergebenen Bedingungen sagten, daß dieser Friede den Tod des deutschen Volkes bedeute. Troelstra erklärte, dieser Friede dürfe nicht zugelassen werden. Er bedeute eine Katastrophe nicht allein für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit und die Vernichtung jeder Hoffnung auf allgemeine Abrüstung und die Vorbereitung für eine Zeit, in der alle Völker gezwungen werden, jedes Jahr furchtbare Lasten des Militarismus zu tragen. Der Völkerbund sei in der Form, in der er jetzt der Welt aufgezogen werde, ein Hohn, er sei ein Bund der siegreichen Nationen, um den besiegten Nationen das Blut unter den Nägeln abzapfen und so zu langer Unterjochung unter den Sieger zu zwingen. Derjenige, der wirklich den Frieden wünsche, könne diesen Völkerbund nicht annehmen.

Englische und amerikanische Stimmen zum Friedensentwurf.

Rotterdam, 9. Mai. Dem Neuen Rotterdamschen Courant zufolge schreibt Daily News, daß der Abrüstung Deutschlands die allgemeine Abrüstung folgen müsse. Daily News bringt weitere Neußerungen bedeutender Persönlichkeiten zu den Friedensbedingungen der Alliierten. Der Arbeiterführer Snowden erklärt: Der Vertrag ist reinen Imperialisten und Militaristen aus dem Herzen gesprochen. Er ist der Gnadenstoß für die Auffassung derjenigen, die gehofft hatten, daß das Ende des Krieges den Frieden bringen werde. Er ist ein Verrat an der Demokratie und an den im Kriege Gefallenen. Clynnes sagt: Die Verteilung deutschen Gebietes, Elsaß-Lothringen ausgenommen, wird für unsere Zukunft gefährlich sein, wenn nicht mittels des Völkerbundes eine Regelung gefunden wird. Professor Gilbert Murray erklärt, daß der Vertrag eine Herausforderung zu einem neuen Kriege bedeute. Die einzige Hoffnung für einen wahren Frieden liege in der helfenden Kraft des Völkerbundes. Bernhard Shaw erklärt ironisch: Die Friedensbedingungen beschließen die Welt vor der Demokratie in Deutschland. Wir haben Deutschland seine imperialistische Gewalt abgenommen und sie auf unsere eigenen Schultern genommen. Daily News melden aus New-York, daß dort die Ansicht herrscht, daß der Friedensvertrag für die Deutschen scharf genug sei, um selbst die größten Feuerfresser zufriedenzustellen. New-York Tribune sagt, die Macht der Hunnen sei gebrochen, New-York Sun sagt, daß Deutschland vernichtet sei. Damit sei die Legende aus der Welt geschafft, daß Wilson gegen die Zentralmächte zu milde gestimmt sei. Wie das Niederländische Pressebureau Radio aus New-York meldet, schreibt die New-York Times, Deutschland sei ohnmächtig gemacht worden, New-York World erklärt, es sei ein bitterer Tropfen in diesen Kelch, den die Deutschen bis zur Neige leeren müßten. Egreß schreibt: Die deutsche Nation, die die Welt habe beherrschen wollen, sei zu einem Volk gemacht worden, das weder Heer noch Flotte, aber eine gewaltige Schuldenlast habe und ohne Einfluß oder Prestige in der internationalen Welt sein werde.

Weitere französische Pressestimmen.

(W.B.) Versailles, 12. Mai. Die sozialistische „Summa“ erhebt wieder vereinzelt Widerspruch gegen den Entwurf eines Gewaltfriedens. Ein wahrer Völkerbund werde durch diesen Vertrag wiederum unmöglich gemacht. Deutschland solle abrüsten, die Ententestaaten rüsten um so härter. Man wolle, daß Deutschland zahle, nehme ihm aber seine Kolonien und Auslandsverträge, so daß eine Gütererzeugung und Zahlungsfähigkeit geschwächt werde. Was wird das deutsche Proletariat tun, fragt das Blatt, wenn die deutsche Regierung gestürzt wird. Wird eine Diktatur Moske oder eine kommunistische Regierung kommen? Was wird dann Kantons Unterwerfung wert sein? Wir können diese ungeheuren Fragen heute nicht erschöpfen und wir glauben, die Satzung zeigen zu müssen, in welche unsere Regierungen geraten sind. — Angesichts der bevorstehenden Ankunft der österreichischen Vertretung besprechen einige Blätter Desterreichs Politik, die von dem Wiener Beschluß beherrscht sei, den Gedanken an eine Vereinigung mit Deutschland aufzugeben. — „Matin“ erklärt in dieser Neueinstellung der österreichischen Politik einen Erfolg von Mäßigkeit. Gleich „Matin“ meinen auch „Journal“ und „Petit Journal“, die Deutschland aufgelegten Friedensbedingungen hätten sicher dazu beigetragen, die Angliederung Desterreichs an Deutschland zu verhindern. Deutschland sei verurteilt, und interessiere die Desterreicher nicht mehr. — „Action Française“ weist darauf hin, daß mit der österreichischen Frage auch die Ostfrage durch Bildung eines Groß-Polens eines Groß-Böhmens und eines Groß-Rumänien gelöst werden müssen. Dies könne nur geschehen, bei Ueberlassung russischer oder ukrainischer Gebiete an diese Völker, — also nur solange, als Rußland nicht aus seinem Schlafe erwache. Dieses Erwachen sei im Friedensvertrage vorzusehen, da man ja dem russischen Volke seine Rechte und Ansprüche sichere. Hoffentlich erwache Rußland nicht zu früh.

Der französische Haß.

Verailles, 12. Mai. Die Blätter besprechen heute die der Londoner Zeitschrift „National News“ entnommene Meldung, Holland habe die Auslieferung des Kaisers beschlossen. „Homme Libre“ erklärt: Wilhelm II. und mit ihm seine Berater und Komplizen, der Kronprinz, die verschiedenen Kanzler, die Soldateska und Piraten müssen fühlen, denn sie schulden nicht nur den Siegern, sondern der ganzen Menschheit Rechenschaft. Der Frieden wäre kein Frieden, wenn dieses Konto nicht zuerst geregelt würde. — Der „Matin“ will wissen, daß als Mitglieder des Tribunals zur Aburteilung des Kaisers genannt werden für England: Lord Reading, für die Vereinigten Staaten: Taft oder Hughes und für Frankreich: Leon Bourgeois. — Daß die Entente an der Absicht der Verurteilung des deutschen Kaisers festhält, ist klar, denn sie muß doch der Welt den Schuldigen am Kriege präsentieren, um so ihre Raub- und Vergewaltigungspolitik zu rechtfertigen.

(W.B.) Versailles, 10. Mai. In der Pariser Presse verläßt sich immer deutlicher die Absicht, die deutschen Kundgebungen zu den Friedensbedingungen einfach als Manöver zu behandeln, das die Blätter mit höhnischen Worten abtun zu können glauben. — „Journal des Debats“ sagt: Jeder Deutsche hat sich in das Gehirn zu graben, daß er den Verbündeten einen Teil seines Arbeitslohnes oder täglichen Gewinnes schuldet. Die Verbündeten müssen von den deutschen Staatskassen bezahlt werden. Das ist einfach Gerechtigkeit. Vier Jahre lang haben die Deutschen von eroberten oder gestohlener Beute gelebt. Jetzt sollen sie zahlen. Mögen sie protestieren und hoffen, aber sie müssen zahlen. — Ähnliche Gedanken finden sich im „Temps“, der zunächst alle politischen Führer Deutschlands heruntermacht, mit Befriedigung hervorhebt, daß die unabhängige Sozialdemokratie bereit sei, den Frieden um jeden Preis zu unterzeichnen, und die Hoffnung verspottet, die man auf eine Spaltung der Verbündeten oder auf eine Erhebung der Sozialisten in allen Ländern oder auf eine Untermäßigkeit der Armeen der Entente bei hinausgehögelter Demobilisation — nach Auffassung des „Temps“ — zu setzen scheine. Das Blatt schließt: Das ist die miserable Taktik, die die großen Worte von jenseits des Rheins verbergen. Bereiten wir ihnen die Aufnahme, die sie verdienen. Deutschland hat die Lektion des Krieges noch nicht begriffen und ist noch nicht fähig, anständig seinen Platz unter den Nationen einzunehmen.

Die Intrigen gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Berlin, 12. Mai. Nach einer Nachricht der „Deutschen Allg. Zeitung“ berichtet der Vertreter der Neuen Freien Presse in Versailles, daß in Versailles verlautete, daß Graf von Brockdorff verjude, den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland bei den Verhandlungen mit der Entente als Austauschobjekt zu verwenden. Er biete den Verzicht auf den Anschluß an, wenn Deutschland dieselben günstigen wirtschaftlichen Bedingungen erhalten werde, die Deutsch-Oesterreich zugesagt wären, und er habe auch Italien das Angebot gemacht, daß Deutsch-Oesterreich gegen entsprechende Gegenleistungen sein Interesse an das Schicksal Deutsch-Südtirols abgeben wolle. Graf von Brockdorff erklärte zu dieser Nachricht dem Korrespondenten der Neuen Freien Presse gegenüber: Alles das ist erfunden und erlogen! Ich weise die Behauptung, daß ich mit den Interessen Deutsch-Oesterreichs Ruhhandel treiben könnte, mit Entrüstung zurück. Ueber die Quellen, aus der solche Nachrichten stammen, bin ich mir völlig klar. Man beschuldigt niemand eines solchen Ruhhandels, wenn man nicht selbst dazu fähig ist. Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs bleibt nach wie vor eines der Ziele meiner Politik und ich werde alle meine Kräfte daran setzen, dieses Ziel zu erreichen.

China ist unzufrieden.

(W.B.) Amsterdam, 10. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge melden die „Times“ aus Peking, daß in vier großen Versammlungen der Vereinigung für auswärtige Beziehungen beschlossen wurde, den chinesischen Delegierten in Paris zu telegraphieren, daß sie den Friedensvertrag nicht unterzeichnen sollen, wenn die Frage von Schantung nicht in befriedigender Weise gelöst werde. In einer Versammlung von Studenten, die ausländische Hochschulen besucht hatten, wurden dieselben Beschlüsse gefaßt. Nachher zogen die Teilnehmer zum Hause des Finanzministers und nach der Wohnung des chinesischen Gesandten in Japan, der aus dem Hause geholt und sich w e r m i t g h a n d e l t wurde.

(W.B.) Peking, 10. Mai. China hat seine Delegierten in Paris beauftragt, einen Frieden, der Japan die deutschen Rechte an Schantung zugestehet, nicht zu unterzeichnen.

Die Stimmung in Japan.

(W.B.) Amsterdam, 10. Mai. Dem „Allg. Handelsblatt“ zufolge meldet „Daily Mail“ aus Tokio: Die japanische öffentliche Meinung beschäftigt sich weniger mit dem Völkerbund als solchen, als mit den Beschlüssen, die Japans Interessen betreffen. Diese Beschlüsse der Friedenskonferenz haben eine sehr feindselige Kritik hervorgerufen, die sich gegen den Völkerbundsvertrag wendet. Verschiedene Blätter haben die äußerste Grenze der Kritik gegen die englische Macht im fernem Osten und in persönlichen Angriffen gegen den Präsidenten Wilson erreicht. Das Blatt „Yerato Schimboen“ greift die Motive des Präsidenten Wilson heftig an und schreibt sie dem angelsächsischen Bestreben zu, im Völkerbund die Oberherrschafft zu haben. — Der „Niroka Gijmp“ tritt für einen Völkerbund der östlichen Völker ein. — Wie „Daily Mail“ meldet, bringe diese wütende Kritik der japanischen Blätter die bittere Enttäuschung Japans zum Ausdruck über die Nichtannahme seiner Vorschläge über die Gleichheit der Rassen.

Die deutsche National-Versammlung für die Ablehnung des Vernichtungs-Friedens.

* Die deutsche Nationalversammlung, die jetzt nach Berlin verlegt worden ist, trat gestern zusammen, um eine Erklärung der Reichsregierung über die Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Ministerpräsident Scheidemann nahm in einer von gewaltiger Rhetorik getragenen Rede Stellung zu den Bedingungen, die uns die Entente aufzwingen will, und die, wenn wir sie annehmen würden, nicht ausgeführt werden könnten, weil wir unter ihrer Last zusammenbrechen müßten. Der Redner fand eingreifende Töne, um die feilschen Qualen des deutschen Volkes zu kennzeichnen im Hinblick auf die beabsichtigte Zerstückelung und die politische und wirtschaftliche Versklavung. Er sagte, über der Schwere und Weite dieser Stunde dürfe nur ein Gebot stehen: Wir gehören zusammen, wir müssen zusammenbleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. Das deutsche Volk jage keinen nationalistischen Traumbildern mehr nach, es gelte für uns nur, das nackte arme Leben zu retten. Durch das dicke Buch des Friedensentwurfs, in dem 100 Absätze beginnen:

Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet!, solle einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotenum abgepreßt werden. Dieses Buch dürfe nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. Die Welt sei wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. Der Name Wilsons sei auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengraben, in den Familien der Verschleppten und Verlassenen andächtig und gläubig genannt worden, (allerdings nur von einflussreichen Deutschen und ein paar ebenso dummen Neutralen) heute verleihe aber das Bild des Friedensbringers, wie die Welt (sage die deutschen Ideologen) ihn gesehen und gesucht hätten, hinter der finsternen Gestalt eines Kerkermeisters. Wenn diese Bedingungen angenommen würden, dann werde Deutschland außerhalb seiner Grenzen nichts mehr sein eigen nennen, denn nicht nur unsere Kolonien sollen uns genommen werden, auch alle privaten Werte, da nach dem Beschluß des Rererrats alle Verträge ungültig seien, mit Ausnahme solcher, die ein Staatsangehöriger der Entente — natürlich zu seinen Gunsten — mit Deutschland aufrecht zu erhalten wünscht. Wilson aber habe gesagt: Der erste Grundsatz des Friedens sei Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinsamen Vorteilen. Am Auslandsdienst sollen wir ohne Schiffe sein, denn unsere Handelsflotte gehe in die Hände der Entente über, ohne Rabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht der Mitwirkung bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernde Ware. Kein ehrlicher, vertragstreuer Mann könne solche Bedingungen eingehen, denn die Hand müßte verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legen würde. Und dann sollen wir arbeiten und die Sklavenschild für das internationale Kapital bilden, Frondienste für die ganze Welt leisten. Den Handel im Auslande, diese Quelle unseres Wohlstandes, zerschlage man. Außerdem sollen die lothringischen Erze, die ober-schlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargrube, die billigen Nahrungsmittel aus Posen und Westpreußen uns entzogen sein, und dazu soll uns das Recht genommen werden, einen Zoll zum Schutz bestimmter Industrien beim Wiederaufbau zu erheben, wohl aber sollen das unsere Gegner nach Belieben tun dürfen, ganz wie sie es zur Erdrosselung unseres Wirtschaftslebens für gut finden. Alle deutschen Einkünfte müßten in erster Linie für die Abtragung der Schuldlast zur Verfügung stehen. Nichts bleibe für unser Volk übrig, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegervitwen, alle Arbeit solle nur zum Frondienst werden. Ein solcher Vertrag sei nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar. Aus Millionen Rehlen und aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei erschalle der Ruf Weg mit diesem Mordplan. Da und dort rege sich schon die Einsicht für die gemeinsame Menschheitsverpflichtung, in neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch im sozialistischen Frankreich. (Wir werden allerdings diese Einsicht nur theoretisch und moralisch bewerten dürfen.) Den Stammesgenossen von Deutsch-Oesterreich, die erst in den letzten Tagen angefangen der ungeheuren Propaganda der Entente wieder ihren Anschlußwillen bekundet haben, rief der Redner zu, daß man sie nicht vergessen werde. Die Folgen des Vertrags von Versailles würden Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe sein, das Signal zum Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, — nur heimtückischer, grausamer und feiger — die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Volk wäre. Der kommende Friede werde für uns eine Marter sein, aber nur ein Vertrag werde unterschrieben, der uns am Leben lasse. Der Arbeitsfriede sei unser Ziel und unsere Hoffnung. Heute sehe es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften die Kämpfer über allen Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung. Das deutsche Volk aber kämpfe nicht mehr, es wolle den Frieden. Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben, aber dreimal wehe über die, welche heute einen wahren Frieden auch nur um einen Tag verzögern. Die Rede Scheidemanns wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Im Auftrage der Regierungen sämtlicher deutscher Einzelstaaten erklärte der preussische Ministerpräsident Hirth, es sei heute klar, was die Feinde mit uns vorhaben. Sie wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen und uns wieder, wie einst, zu völliger Ohnmacht verdammen. Sie wollen das arbeitstreibende deutsche Volk zu einem Knechtvolk machen. Demgegenüber erklären aber die Vertreter aller deutschen Freistaaten vor aller Welt: Lieber tot als Sklaven! Dieser Friedensvorschlag ist unannehmbar. Die Regierungen der deutschen Freistaaten seien einig mit der Reichsregierung und stehen geschlossen hinter ihr. Auch die Vertreter sämtlicher Parteien der Nationalversammlung erklärten die Friedensbedingungen für unannehmbar. Vom sozialistischen Standpunkt aus sprach Müller-Breslau, der fragte, was jetzt aus den Idealen geworden sei, von denen man uns erzählt habe, daß der Krieg ein Kreuzzug gegen Kaiserismus und Militarismus sei. Mit dem Friedensvertrag, der wirtschaftliche Bindungen enthalte, wie sie noch nie in Europa existiert hätten, wolle der Ententekapitalismus mit dem Sozialismus Deutschlands auch den aller anderen Staaten treffen. Der Vertrag stelle daher das furchtbare Sozialistengesetz dar, das es jemals gegeben habe. In einer Zeit aber, in der selbst die letzten Nationen zum selbständigen staatlichen Leben erweckt würden, lasse sich das deutsche Volk nicht zur Sklaverei verurteilen. Im Namen des Zentrums erklärte Gröber, von den Wilsonschen Punkten sei keine Spur mehr zu erkennen. Das sei ein Wortbruch im vollsten Sinne des Wortes, denn die Wilsonschen Grundzüge seien aufgebaut auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Achtung der Nationalitäten. Auch die Zustimmung, den deutschen Kaiser und eine Anzahl politischer und militärischer Führer an ein Gericht unserer Feinde zur Aburteilung auszuliefern, werde mit Entrüstung zurückgewiesen. Selbst der Unabhängige Haase erklärte, wenn keine Partei die Verantwortung übernehme, so würden im Falle einer Regierungskrisis auch die Unabhängigen die Aufgabe ablehnen, den Frieden formell zum Abschluß zu bringen.

Und zum Schluß richtete der Präsident der Nationalversammlung eindringliche Worte an die Entente. Er wies mit Recht darauf hin,

Das die Schuld für die Verbrechen dieses Krieges auf den Schultern unserer Feinde laste. Und auch in Zukunft würden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder würden die Sklavenketten zerbrechen, und die Schmach abwachen, die uns zugefügt werden sollte.

Unter welchen Bedingungen Deutschland 1916 und 1917 Frieden geschlossen hätte.

(W.B.) Berlin, 10. Mai. Der deutsche Friedensvorschlag von 1916 wird von der „Deutschen Allg. Ztg.“ veröffentlicht. Das Blatt schreibt: Mit Entrüstung und Entsetzen hat das deutsche Volk die Friedensbedingungen vernommen, mit denen die Entente nicht nur alle Lasten des Krieges und darüber hinaus unerträgliche Opfer auf die kriegsmüden Schultern des deutschen Volkes zu legen versucht, sondern obendrein noch die ganze Schuld am Kriege, d. h. die Schuld daran, daß er zum Ausbruch kam und daß er nicht früher endete. Kein besseres Mittel ist denkbar, um den Geist des deutschen Volkes mit dem seiner Feinde zu vergleichen, und keine bessere Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Kriegsschuld zu ziehen, als die Gegenüberstellung der Friedensbedingungen, die Deutschland im Falle des Sieges gestellt haben würde, mit denen, die unsere Feinde dem besiegten Deutschland stellen. Denn im Glück zeigt sich der wahre Charakter eines Volkes so gut, wie der eines Menschen. Und was die Kriegsschuld angeht: Je mehr einer fordert, wenn das Glück des Krieges sich zu seinen Gunsten entscheidet, um so mehr Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er den Krieg um dieser Forderungen willen begonnen hat. Je mehr ein Staat aus einem gewonnenen Kriege einen Gewinn zu schlagen versucht, um so wahrscheinlicher ist es, daß er den Krieg selbst um des Gewinnes willen herbeigeführt hat. Das Kriegsziel einer Regierung läßt deshalb einen Rückschluß auf die Kriegsschuld dieser Regierung zu.

Es ist der deutschen Regierung im Ausland und auch im Inland häufig zum Vorwurf gemacht worden, sie habe der Welt kein Kriegsziel verkündet. Die einen schlossen daraus auf ihre übergroße Begehrlichkeit, die anderen auf ihren Mangel an festem Ziel. Der wahre Grund dieser Zurückhaltung war, daß die deutsche Regierung erwarten mußte, die Bekanntheit ihrer maßvollen Ziele werde ihr als Schwäche gedeutet werden, solange die Gegner an ihren von vornherein maßlosen Vernichtungsplänen festhielten. Deshalb waren auch in dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 formulierte Bedingungen nicht angegeben. Inzwischen haben damals deutsche Bedingungen bestanden und sie sind im Frühjahr 1917 dem Präsidenten Wilson als ein Beweis unseres Vertrauens mitgeteilt worden. Diese Bedingungen, oder richtiger diese Grundlagen für Friedensverhandlungen — an einen Diktatfrieden war dabei nicht gedacht — waren folgende:

Zurücksetzung des von Frankreich besetzten Teiles vom Oberelsaß; Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze; Kolonialrestitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert; Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen, sowie finanzieller Kompensation; Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, die durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen waren; wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete; Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen; Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, die ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß ständen würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge; Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegten sich in Übereinstimmung mit den Anschauungen der deutschen Regierung in gleichmäßigen Grenzen. Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angeforderte internationale Konferenz einzutreten. Nun möge das deutsche Volk, möge die ganze Welt ermessen, auf welcher Seite Billigkeit und Recht, auf welcher Unrecht und Schuld zu suchen sind.

Deutschland.

Zur Lage in Leipzig.

Leipzig, 13. Mai. Die gestrige Nacht verlief im allgemeinen ruhig. Gestern nachmittag trafen sächsischen Grenzjäger ein und nahmen von dem Stadteil westlich der Pleiße Besitz. In vielen Betrieben wurde gestern vormittag zum Generalstreik aufgefordert. Der Aufbruch der Metallindustrie folgte. Ferner traten gestern vormittag die Arbeiter des städtischen Gaswerks in den Ausstand. Unter den Eisenbahnern und den Straßenbahnern wird gleichfalls für den Streik agitiert. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Sowohl die Straßenbahnen als auch die Eisenbahnen halten den Betrieb zur Zeit völlig aufrecht. Von zuständiger Seite wurde erneut darauf hingewiesen, daß die lebenswichtigen Betriebe unter allen Umständen weiterarbeiten werden. Dreijährige Arbeiter solcher Betriebe, welche die Arbeit verweigern und nicht spätestens bis Dienstag wieder aufgenommen haben, haben Entlassung zu gewärtigen. Für die städt. und technischen Betriebe sind etwa 400 Auswärtige nach Leipzig unterwegs. Unter den zahlreichen Verhafteten befinden sich die unabhängigen Arbeiterführer Schroeder und Schröder. Ein Aufruf fordert die Einwohnerschaft zur Eintragung in die Listen für das aufzustellende getrocknete Freiwilligen-Regiment Leipzig auf.

Eisenbahnunglück.

Berlin, 12. Mai. Heute mittag entgleiste der Frühlzug der Kleinbahn von Solttau nach Lüneburg in der Nähe von Melbeck, 10 Kilometer von Lüneburg. Der Zug sauste den Bahndamm hinunter. Aus dem zum größten Teil völlig zerstückelten Wagen wurden 9 tote und 11 Schwerverletzte geborgen. Das Unglück wird auf eine Verbiegung der Schienen unter dem Einfluß der plötzlichen Hitze zurückgeführt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Mai 1919.

Nationaltrauer.

Laut Beschluß des Staatsministeriums ergeht folgende Verfügung des Staatsministeriums des Innern betr. die Nationaltrauer: Mit der Bekanntgabe der Friedensbedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, ist bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über das ganze Volk gekommen. Diese Gefühle aller Deutschen drängen nach öffentlicher Bekundung. Einer Anregung der Reichsregierung entsprechend und in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Staatsministeriums wird angeordnet: daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten, einschließlich der Darbietungen in Kabarets und Varietes zu unterbleiben haben und daß in stehenden Theatern und Lichtspielen in der gesamten Zeit nur solche Vorstellungen zur Aufführung gelangen dürfen, die dem Ernste dieser schweren Zeit entsprechen.

Aus dem Bezirksrat.

In der letzten Bezirksratsitzung standen unter anderen nachfolgende Gegenstände zur Beratung: Die Satzungen von 23 Gemeinden über die Zahl der Mitglieder im Gemeinderat wurden für vollziehbar erklärt. — Besetzt wurden 5 Stellen für Amts-Körperschaftsstraßenwörter; dabei wurden gewählt: Johannes Weik-Alsburg, Michael Reppeler-Oberreichenbach, Jakob Rlink-Neuweiler, Johannes Rlink-Zwernberg und David Frei-Hornberg. — Amtskörperschaftsstraßenwörter Buzer in Althengstett wurde seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt. — Die Stadtgemeinde Calw hat an die Amtskörperschaft Calw die Bitte gerichtet, den Jahresbeitrag der Amtskörperschaft für das Realprogymnasium in Calw von 1500 M auf 2500 M zu erhöhen. Sie begründet ihr Gesuch damit, daß das Realprogymnasium auch den Kindern v. Bezirksangehörigen zu gute komme und daß seine Benützung aus den Kreisen der Bezirksangehörigen im Laufe der letzten 10 Jahre eine erhebliche Steigerung erfahren habe. Dementsprechend seien aber auch die Aufwendungen für die Stadtgemeinde Calw stark angewachsen. Der Bezirksrat beschließt, bei der Amtsversammlung zu beantragen, dem Gesuch unter der Voraussetzung stattzugeben, daß an die aus dem Bezirk stammenden Schüler bezüglich des Schulgeldes nicht höhere Anforderungen gestellt werden dürfen, als an die Schüler aus der Stadt. — Die Militärverwaltung wünscht über die Benützung des Bezirkskrankenhauses für Militärpersonen einen neuen Vertrag mit der Amtskörperschaft abzuschließen. Der Bezirksrat ist unter Festsetzung eines täglichen Verpflegungsgeldes von 3.50 M sowie unter der Bedingung bereit, in ein Vertragsverhältnis einzutreten, daß die Militärverwaltung unterschriftlich anerkennt, daß weder ein Soldaten- noch ein Garnisonsrat befugt ist, bei der Verwaltung des Bezirkskrankenhauses mitzusprechen. Sollte dies trotzdem geschehen, so hätte dies die sofortige Aussperrung der Heeresangehörigen und die Auflösung des Vertrages zur Folge. Die Militärverwaltung wird ersucht, hiezu Stellung zu nehmen. — Der Württ. Sparkassenverband bringt die Frage der Herabsetzung des Zinsfußes für Sparguthaben und Giroelder zur Erörterung und bittet, um Stellungnahme hiezu. Nach längerer Beratung wird beschlossen, sich dahin zu äußern, daß nach Lage des Geldmarktes und der Wirtschaftsverhältnisse diese Frage noch nicht sprudelfähig sei, und daß es sich empfehle, zunächst eine zwartende Haltung einzunehmen. — Die Wohnungsnot im Bezirke beginnt mehr und mehr sich auch außerhalb der Oberamtsstadt fühlbar zu machen, wodurch die Behörden in steigendem Maße in Anspruch genommen werden. Die Verhältnisse drängen daher darauf, eine eigene Organisation für den ganzen Bezirk in der Form eines Bezirksmieteinigungsamtes ins Leben zu rufen, wodurch eine gleichmäßige Praxis, zugleich aber auch ein Ausgleich unter den Gemeinden des Bezirkes angestrebt werden kann. Damit würde das Amtsgericht als Mieteinigungsamt, sowie das besondere Mieteinigungsamt, welches die Stadtgemeinde Calw für den Stadtbezirk einzurichten in Aussicht genommen hat, wegfallen. Der Vorsitzende bittet die Bezirksratsmitglieder um Stellungnahme. Bei der Debatte kommt überwiegend zum Ausdruck, daß die Schaffung eines Bezirksmieteinigungsamtes erwünscht wäre und es wird beschlossen, hiewegen mit dem Ministerium — Abteilung für Wohnungswesen — in Verhandlungen zu treten. Der Vorsitzende teilt mit, daß er kürzlich in Stuttgart an einer Sitzung unter dem Vorsitz des Ernährungsministers teilgenommen habe, in welcher die Kurpfandfrage für 1919 zur Besprechung gekommen sei. Der springende Punkt der ganzen Sache sei gewesen, ob das Reich bzw. der Staat in der Lage sei, außerordentliche Zuschüsse an Lebensmittel denjenigen Bezirken zu gewähren, welche in besonderem Maße von Fremden zu Kurzwecken aufgesucht werden. Diese Frage sei glatt verneint worden. Infolgedessen seien diese Bezirke in der mißlichen Lage, mit den Kurpfanden die Lebensmittel zu teilen, welche eigentlich nur für die Bezirksangehörigen bestimmt seien. Die Bezirke werden so genötigt, den Kurbetrieb insoweit abzuschneiden, als nicht mit Rücksicht auf die notleidende Menschheit ein Entgegenkommen unumgänglich sei. Der Erlaß von landesrechtlichen Verfügungen zur Regelung der Angelegenheit steht unmittelbar bevor. Es handelt sich dabei um folgende Punkte: 1. Die Notwendigkeit eines Kuraufenthalts ist in jedem einzelnen Fall von der Vorlage eines arztärztlichen Zeugnisses abhängig, das der Nachprüfung verbunden mit der Nachuntersuchung durch einen Vertrauensarzt des Bezirkes unterliegt. Die Entscheidung über jedes einzelne Gesuch kann unter Mitwirkung einer Kommission erfolgen. — 2. Die Kurgelegheiten des Landes sollen in erster Linie für Landesangehörige reserviert bleiben. Außerhalb Württembergs wohnende Personen kommen erst in zweiter Linie. — 3. Kurpfanden wird das Mitbringen von Begleitpersonen (Gesellschafterinnen, Frauen) untersagt, ebensowenig dürfen sie Kraftwagen, Pferde oder Hunde halten. — 4. Die Erlaubniserteilung wird mit einer Gebühr belastet werden. Weiter wird als Grundsat aufgestellt, daß Kurpfanden nur in den dringendsten Fällen auf die Gewährung einer außerordentlichen Zuweisung von Lebensmitteln rechnen können. Nicht getroffen durch die

Regelung wird freilich der sogenannte Touristenverkehr, der für die Hamsterei nicht minder gefährlich ist, wie der Kurbetrieb. Die Bezirksbevölkerung hat ein großes Interesse daran, gerade auch den sogenannten Touristen das Handwerk zu legen, wie der kürzliche Vorfall beweist, daß bei der Visitation der Abendzige in Calw über 200 Liter Milch abgefangen wurden. Es wäre verständiger, wenn die Bevölkerung den Beamten dabei behilflich wäre, anstatt den Hamstern hinauszuweisen. Jedenfalls ist es widersinnig, beim Kommunalverband wegen ungenügender Lebensmittelversorgung zu jammern und gleichzeitig bezirksfremden Touristen behilflich zu sein, sich der Kontrolle zu entziehen. — Endlich bringt der Vorsitzende zur Sprache, daß in der letzten Zeit die Anforderungen an den Kommunalverband um außerordentliche Zuweisung von Lebensmitteln (Eier, Butter, Milch usw.) sich in ganz auffallender Weise gesteigert haben, was die Vermutung nahelegt, daß Mißbrauch getrieben werde. Der Bezirksrat ersucht den Vorsitzenden, mit den Herren Ärzten des Bezirkes in der Sache in Fühlung zu treten, um dem Mißbrauch zu steuern.

Der evangelische Bund zum Bergewaltigungsfrieden.

Das Präsidium des Evangelischen Bundes, Berlin W. 35, hat einen Aufruf beschlossen, worin es heißt: Der unserem Vaterland zugemutete Friede ist ein neuer Krieg mit anderen Mitteln, der unser deutsches Reich politisch entrechtet, wirtschaftlich knechtet, moralisch vergiftet will und zu unübersehbarem Elend verurteilt. Die Vertrauenslosigkeit unseres durch den Krieg und Hunger zermürbten Volkes wird durch schnöden Vertragsbruch verhöhnt. Ihr Führer, Männer und Frauen des Evangelischen Bundes, tragen in die furchtbare Entscheidungszeit und in die erschütternde Trauerwoche einen starken deutschen reformatorischen Geist hinein. Vereint unsere Volksgenossen in Versammlungen, oder besser noch fährt die Glaubensgenossen überall in die Kirchen! Lasset die wenigen Glocken, die wir noch haben, durch das schmerzerfüllte Land läuten! Bringet unsere große Not vor Gott! Saget unseren bedrängten Volksgenossen, die bisher den ganzen Ernst der Lage vielfach nicht erkannten, daß sie auf schwere Dinge gefaßt und doch innerlich gefaßt sein müssen! Helfet ihnen, daß sie „für Ehre und Recht“ mutig sich verbinden! Zeiget ihnen, daß für unser Vater- und Kinderland auch jetzt noch das Wort Geltung haben muß: „Eher den Tod, als in Knechtschaft leben!“ Rufet es hinaus in die Welt, tragt und schreibt es über die Grenzen hinaus zu den Glaubensgenossen aller Länder, daß es zum Verderb des echten Christentums führt, wenn man mit der Bibel in der Hand und mit Betrug im Munde ein großes Volk zu weißen Sklaven macht, daß es durch ein neues Meer von Blut und Tränen geht, wenn von Haß und Feigheit Treu und Glauben, Freiheit und Ehre vernichtet werden! Ihr Bundesbrüder, ihr vielen Taufende Vereinsleiter, wir heißen Euch handeln und hoffen.

Mitmaßliches Wetter am Mittwoch und Donnerstag.

Der Hochdruck erhält sich, aber leichte Störungen sind noch nicht ganz ausgeglichen. Am Mittwoch und Donnerstag ist, abgesehen von schwacher Gewitterneigung, vorherrschend trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Harthausen O.-A. Stuttgart, 12. Mai. Ein Stuttgarter Automobil wurde heute früh mit etwa 7 Zentnern schwarzgeschlachtetem Fleisch von Mitgliedern des Arbeiterrats beschlagnahmt und die Begleiter des Autos einstweilen festgehalten.

(S.C.B.) Schwaikheim O.-A. Waiblingen, 12. Mai. Das hiesige Schultzeienamt gibt folgendes bekannt: Infolge der großen Zahl der Milch- und Lebensmittelhamsterei, die jeden Tag die hiesige Gemeinde besuchen und zum Teil 10 Liter Milch hinaus schleppen, ist die Lebensmittelversorgung der hiesigen ca. 500 Personen zählenden versorgungsberechtigten Einwohnerschaft in Frage gestellt. Auch sonst kann die Gemeinde ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen. Daher muß der Zulauf Fremder hieher unbedingt jetzt aufhören. Um diesen Uebel abzuwehren, und eine geregelte Versorgung der Städte mit Milch usw. herbeizuführen, dürfen die Ruhhalter bei Strafvermeidung an Fremde keine Milch mehr abgeben. Die Einwohner der Gemeinden des Bezirkes, die Tag für Tag hieher kommen und alle möglichen Lebensmittel hinaustragen, werden hierauf besonders aufmerksam gemacht, ebenso auch die Säubler. Jede Verfehlung wird unmissverständlich zur Anzeige gebracht.

(S.C.B.) Kottensburg, 10. Mai. In Remmingsheim kam es bei der Getreideaufnahme zum offenen Aufruhr. Die Beamten und die Soldaten der Sicherheitskompanie wurden blutig geschlagen und aus dem Ort hinaus gejagt. Dabei sollen die beiden Parteien, die sich sonst immer feindlich gegenüberstehen, zusammengewirkt haben.

(S.C.B.) Marbach, 10. Mai. An Schillers Todestag erinnerte die Schillerloge „Konfordia“ durch ihren ehernen Mund. Von halb 7 bis 7 Uhr und von halb 11 bis 11 Uhr erklang ihr feierliches Geläute. Als sie das letzte Mal zum Gedächtnis unseres großen Sohnes (Geburtsstag: 10. November) erklang, hielt die Revolution in Deutschland ihren Einzug und heute wird über das Schicksal unseres Vaterlandes in Versailles entschieden.

(S.C.B.) Geislingen a. St., 10. März. Zu den vier Bewerbern um die Stadtvorstandsstelle hat sich jetzt als 5. Kandidat Amtmann Harter, Vorstand der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung in Stuttgart, früher Stadtschultheiß in Schramberg, gestellt. Der Kandidat entwickelte vorgestern abend in der Turnhalle in Geislingen und im Saalbau in Altenstadt sein Programm.

Walldorf, 12. Mai. In Sulzbach a. M. ist der in letzter Zeit da und dort schon befürchtete Fall eingetreten, daß gegen den Willen der Mehrzahl der Bürgerschaft, die eine Wahl nach dem alten Verfahren herbeiführen wollte, doch noch in letzter Stunde ein Wahlvorschlag eingereicht wurde. Ein Gegenworschlag war nicht mehr möglich und so sind die Vorgeschlagenen bereits als gewählt zu betrachten.

Für die Schriftl. Verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hirschlager'schen Buchdruckerei, Calw.

Calw.
Nächster Pferch-Verkauf
 am Mittwoch, den 14. Mai 1919, vormittags 1/2 9 Uhr, bei
 der Stadtpflege.
 Den 12. Mai 1919. Stadtpflege: Frey.

Gemeinde Ottenbronn.



**Nadelstamm-
 Holz-Verkauf.**

Am Samstag, den 17. Mai, nachmittags 2 Uhr, auf
 dem Rathaus, aus Gemeinewald Mädig und Oberholz
 51 Stück Forchten 19,96 Fm. III, u. 10,36 Fm. IV, 5,04 Fm. V
 85 Stück Tannen und Fichten 13,19 Fm. II, 26,77 III, 17,46
 IV, 9,18 V; Sägholz 1 Stück 2,08 I, 3 St. 2,54 II, 0,50 III.

Schultheißenamt: Stello. Kentschler.

Oberreichenbach, 13. Mai 1918.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und
 Teilnahme bei dem Unglücksfall und dem uner-
 warteten Hinscheiden unseres lieben
 Sohnes und Bruders

Jakob Kentschler

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Besonders
 danken wir für die trostreichen Worte des Herrn
 Geistlichen am Grabe, für die zahlreiche Leichenbe-
 gleitung und die vielen Blumenpenden, dem Sängers-
 chor für den ehrenvollen Gesang, den Herren Ehren-
 trägern sowie seinen Altersgenossen.

Besonderen Dank sagen wir noch allen denen,
 die sich unermüdet beteiligt an der Bergung
 unseres lieben Sohnes und Bruders.

Familie Peter Kentschler.

Drüsenleiden.

Eine Erlösung
 für Jeden ist unser
Spranzband
 Deutsches Reichs-Patent
 Ohne Feder,
 Ohne Schenkelriemen
 Konkurrenzlos dasehend!
 Abbildung und Beschreibung
 kostenlos durch die Erfinder.

Gebr. Spranz, Unterkochen
 (Württemb.) Nr. 134.

Dienstbotengefuche!

haben in unserem Blatte
 stets Erfolg, da der größte
 Teil der Auflage auf dem
 Lande Verbreitung findet.

Guterhaltene
Nähmaschine,

1 Waschtänder,

1 Reisekorb

zu verkaufen
 Saggasse 192, I. Stock.

Einen gebrauchten, frisch auf-
 gearbeiteten

Sofa

hat zu verkaufen
 J. Sauter, Sattler und
 Tapezier, Biergasse.

Am Mittwoch ist zu ver-
 kaufen ein

Truhwagen,

sowie ein

Federwagen

für Milchkuh, und

2 Kummel.

Zwinger 294.

Neue Mietverträge

sind im Kontor dieses
 Blattes erhältlich.

Maissenbach.
Entlaufen

3 Stück Schafe, 1 Mutter-
 schaf und 2 Junge.

Der Finder wird gebeten,
 dieselben gegen Belohnung ab-
 zugeben bei

Gottlob Seibold.

Mädchen,

Laufmädchen oder auch Mo-
 natsfrau in gutes Haus, bei kl.
 Familie sofort oder später
 bei hohem Lohn und guter
 Behandlung gesucht. Anmel-
 dungen bei

Frau Handelslehrer Böhm,
 Hermannstraße 654.

Kräftiger
Hausbursche

wird gesucht.

Neue Handelsschule.

2 tüchtige
Bollgatterfäger

können sofort eintreten bei

Gg. Gengenbach Söhne,
 Sägewerk,
 Dillweihenstein.

Bäcker-Lehrling.

Einen kräftigen

Jungen

aus achtbarer Familie nimmt
 in die Lehre.

Friedr. Theurer, Bäcker-
 meister, Pforzheim,
 Calwerstr. 9.

Wo kann Fräulein
**Weißnähen und
 Flicker**

gründlich erlernen?

Angebote unter S. 96 an
 die Geschäftsstelle des Blattes.

**Achtung!
 Räder- und Räder-Meister!**

**Veräume keiner unserer Kollegen sofort seine
 Beitrittserklärung**

an Herrn Regierungsassessor Schmid abzugeben
 bis spätestens 16. ds. Mts., wie aus Tagblatt
 Nr. 107 ersichtlich. Mehrere Kollegen.

Bad Liebenzell.
Herde und Wasch-Kessel
 selbstgefertigt,
Transmissionen,
 wenig gebr. Hausbackofen u. Herd
 empfiehlt
Conrad Lebzelter, Schlossermeister.

Empfehle auf den Jahrmarkt
 starke eingebundene
**Kasseroles und
 Kuffcher,**
 schöne Milchbüchsen
 sowie alle Sorten Hasner-
 geschirr!
 Alb. Knoll, Geschirrhdlg.,
 beim Dörsen.
 Ältere Kasseroles werden
 stets eingebunden.

Blusen
 in großer Auswahl empfiehlt
 Desterlin, Hirzau.

Gewaschene, gestärkte und
 gebügelt
Herrenwäsche
 (Kragen, Manschetten u.
 Vorhemden)
 wird in 8-10 Mal länger
 tragbar

Dauermäsche
 umgearbeitet.
 Kragen 60 Pfg., Man-
 schetten 75 Pfg., Vorhemden
 je nach Größe 80-90 Pfg.
 Für Auswärtige erhöht sich
 der Preis um den Portobetrag.
 Ein Probekragen gegen Nach-
 nahme 75 Pfg.

Wilh. Götting,
 Imprägnieranstalt,
 beim Kommando.

Zu verkaufen:

Klosettsitz aus Holz, mit
 Porzellanschale,
 Email, Waschbecken,
 Bissoir,
 Plüschsofa, rot mit Roß-
 haar,
 Gaslüfter, dreiflammig,
 (Messing),
 Wandbretter,
 Bilder

Hermannstraße 641.

Wegen Platzmangel verkauft

1 Buffet, 1 Bettlade

mit Strohsack,

1 Tischle u. 1 Stuhl.

Alte Postgasse 134 II.

Stahlspäne
 Mayers Boden-
 wische
 Bodenöl
 Möbelpolitur
 Bugbüchsen
 Bugtücher
 Sorgobesen
 alle Sorten
 Stofffarben,
 Vorhangcreme,
 Stärke-Ertrag
 empfiehlt
R. Otto Vincon.

**Betragene Frauen-
 und Herrenkleider,
 Mäntel u. s. w.**
 werden zum Umfärben
 angenommen.
G. Wörner.

Frishgewässerte
Stockfische
 das Pfund zu Mk. 1.30
 sind jeden Dienstag,
 Donnerstag, u. Freitag
 zu haben bei
R. Hauber.

Einen starken, zweirädrigen
Handkarren,
 sowie ein runder, eiserner
Blumentisch
 zu verkaufen.
 Zwinger 296.

Schöner, junger
Hund
 ist zu verkaufen
 Biergasse 131.

Althengstett.
 Ein starkes

**Läufer-
 Schwein**
 steht dem Verkauf aus
Jacob Kling.

Wilhelm Knecht + Gertrud Knecht
 Bauamtswerkmeister + geb. Knodel
 Vermählte
 Calw Nagold
 10. Mai 1919.

Statt jeder besonderen Anzeige.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
 Bekannte zu unserer am Samstag, den 17. Mai
 1919, stattfindenden
Hochzeits-Feier
 im Gasthaus zum „Hirsch“ in Sonnen-
 hardt freundlichst einzuladen.
Eugen Seitz, Telegraphenarbeiter,
 Sohn des + Carl Seitz, Hafnermeisters in Calw,
Rosa Reule,
 Tochter des Georg Reule, Schneidermeisters
 in Lützenhardt.
 Kirchgang 12 Uhr in Javelstein.

Moderne Hausmusik
 Gitarre- und Laute-
 Unterricht.
 Kurse in 20 halben
 Stunden.
 Paul Olpp, Telefon 92.

Gießkannen
 sind billig zu haben.
 Theodor Siebler,
 Glasfäbrerei, Bad Liebenzell

Konzertsänger
Fritz Haas
 erteilt in Calw einmal
 wöchentlich
**Gesang-
 Unterricht.**
 Schriftl. Anmeldungen nach
 Stuttgart, Johannesstr. 10.

**Waschkessel verzinkt, emailliert,
 Herde mit Kupferschiffen,
 Wirtschafts-Herde**
 sind auf Lager
Eugen Lebzelter, Calw, Lederstraße 119.

Landwirtsch. Consumverein Calw.
Feingemahlener Rainit
 zur Heberichvertilgung, sowie
gewöhnlicher Rainit
 sind eingetroffen.
 Jedes Quantum kann abgeholt werden.
 Säcke sind mitzubringen.

Laden,
 womöglich mit Einrichtung nebst Magazin und Wohnung,
 zu mieten gesucht
 zwecks Einrichtung einer Filiale. Angebote unter F. B. 100
 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

10-12 Wagen Sägmehl
 pro cbm Mk. 7.50, können abgeholt werden bei
Ludwig Säck, Sägewerk, Unterreichenbach.